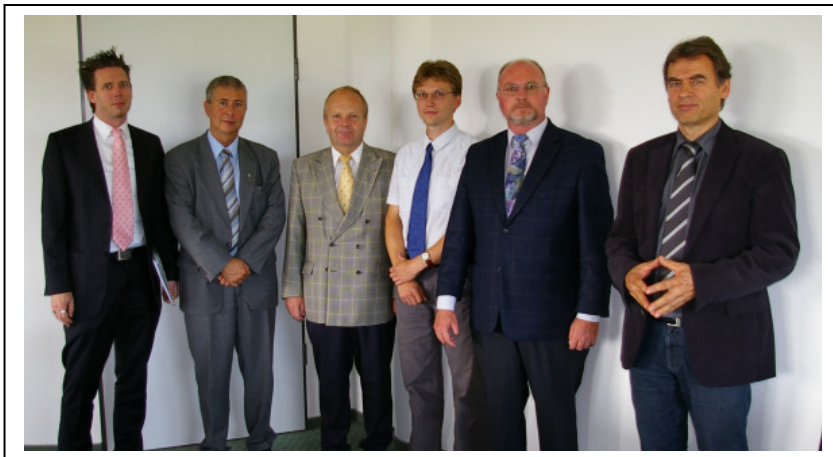


Mitgliederinformation / Pressemitteilung

Ihr Zeichen:

Tangermünde, 01.08.2011

Spitzengespräch zwischen der Gewerkschaft BTB Sachsen-Anhalt und dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr (MLV) am 05.07.2011



v.R.n.L.: Prof Dr. Klaus Kummer
(Präsident Landesamt für Ver-
messung und Geoinformation
Sachsen-Anhalt), Manfred Jakobs
(Landesvorsitzender BTB Sach-
sen-Anhalt), Andrej Anders (BTB
Sachsen-Anhalt Fachgruppe
Straßenbau), Staatssekretär Dr.
Klaus Klang, Falko Balzer (Ge-
schäftsführer Landesbetrieb Bau,
Dr. Sebastian Putz (MLV)
[Minister Thomas Webel zum
Zeitpunkt der Aufnahme bereits
außer Haus]

Foto Kießling

Am 05.07.2011 fand ein Spitzengespräch zwischen der Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im öffentlichen Dienst (BTB Sachsen-Anhalt) und dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr (MLV) statt. Thema des Gespräches war u.a. die aktuelle Situation aufgrund der Umstrukturierungsmaßnahmen nach der Landtagswahl für den Landesbetrieb Bau (LBB) und das Landesamt für Vermessung und Geoinformation (LVerGeo).

Am Spitzengespräch am 05.07.2011 nahmen neben dem Minister, Herrn Thomas Webel, Staatssekretär Herrn Dr. Klaus Klang auch der Geschäftsführer des Landesbetriebes Bau (LBB), Herr Falko Balzer, und der Präsident des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt (LVerGeo), Herr Prof Dr. Klaus Kummer, teil. Der BTB Sachsen-Anhalt war mit dem Vorsitzenden Herrn Manfred Jakobs und den Landesfachgruppen Herrn Andrej Anders (Fachgruppe Straßenbau) und Herrn Rainer Kießling (Fachgruppe Vermessung) anwesend. Die Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im öffentlichen Dienst (BTB Sachsen-Anhalt) bedankt sich für das kurzfristig vereinbarte Treffen mit dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr und wünscht sich eine konstruktive und gute Zusammenarbeit.

Minister Webel erläuterte die Veränderungen auf Grund des Kabinettsbeschlusses vom 03.05.2011. Im Bereich des Landesbetrieb Bau (LBB) erfolgt eine Trennung des Hoch- und des Straßenbaus. Der Hochbaubereich des LBB soll spätestens zum 01.01.2013 aus dem Landesbetrieb Bau herausgelöst, dem Ressort des Finanzministeriums in Verbindung mit einer Fusion mit der LIMSA zugeordnet und in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführt werden. Das Personal des Hochbaubereiches (ca. 430 Stellen) und die Fachaufsicht verbleiben bis zur Trennung des LBB (spätestens 01.01.2013) im Ressort des MLV in der Zuständigkeit des LBB. Derzeit erfolgt der Gesetzentwurf für das Errichtungsgesetz zur Bildung der Anstalt des öffentlichen Rechtes im Haushaltsbegleitgesetz. Dieser Entwurf soll nach der Sommerpause vorgelegt werden. Ab Juli 2011 wird hierzu eine Lenkungsgruppe unter Mitwirkung vom Geschäftsführer des LBB, Herr Falko Balzer, eingerichtet. Unterhalb der Lenkungsgruppe werden Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit abgegrenzten Themenkomplexen

auseinandersetzen. Der BTB weist auf die notwendigen Inhalte des Gesetzesentwurfs hin, hier müssen in jedem Fall die Tarifbindung an den TV-L, die Dienstherrenfähigkeit für Beamte und eine Regelung geschaffen werden, die auch zukünftig einen Austausch zwischen Personal des Landes und Personal der Anstalt geschaffen werden. Der BTB betont, dass bereits in mehreren Bundesländern gute Erfahrungen mit Anstalten öffentlichen Rechts gemacht wurden, die positiven Erfahrungen sollte man hier mit einfließen lassen.

Kritisch wird vom BTB der Umgang mit der Informationspolitik gegenüber den Bediensteten gesehen. Wechselnde Aussage mit unterschiedlichen Inhalten zum Stand und Umfang der Übertragung in eine Anstalt öffentlichen Rechts haben zu einer Verunsicherung bei den Bediensteten des LBBau geführt.

Die gemäß den Protokollnotizen der Koalitionsverhandlungen der neuen Regierung ebenfalls im Raume stehende Strukturänderung in den Ämtern für Flurbereinigung und Forsten (ALFF) sollen derzeit nur für den Bereich des Wegebaus umgesetzt werden. Die Regierung erhofft sich Einsparungen durch die Vereinigung des Radwegebbaus (Wirtschaftsförderung) und dem landwirtschaftlichen Wegebau zusammen mit der Straßenbegleitplanung im LBB.

Mit dem Kabinettsbeschluss ist die Vermessung- und Geoinformationsverwaltung vom Ressort des Ministeriums des Innern (MI) in das Ressort des MLV überführt worden. Die Herauslösung der Flurbereinigung gemäß den o.g. Protokollnotizen und mögliche Fusion mit der Geoinformationsverwaltung zu einer großen Bodenmanagementbehörde sind politisch derzeit nach Aussage des Ministers nicht umsetzbar und nicht mehr Verhandlungsgrundlage. Der Minister erwartet aber für die Zukunft in Zusammenhang mit dem weiter voranschreitenden Personalabbau eine erneute Diskussionsaufnahme. Für den Bereich der Geoinformationsverwaltung und deren Fachaufsicht sowie dem Bereich der Geodateninfrastruktur (GDI) und der Umsetzung der INSPIRE-Richtlinien (EU-Recht) sind derzeit keine Änderungen geplant. Auch hier ist der Leiter der Fachverwaltung in einer Expertenkommission beratend tätig.

Die Gewerkschaft kritisiert die Aussagen der Regierung, das Personalentwicklungskonzept 2008-2025 (PEK II) nochmals überarbeiten zu wollen. Jakobs: „Es muss etwas gegen die Vergreisung der Belegschaft getan werden.“ Das Vorhaben der Landesregierung, die angestrebte Quote von 19 Beschäftigten im Öffentlichen Dienst pro 1.000 Einwohner noch weiter abzusenken, führt dazu, die hoheitlich übertragenen Aufgaben nicht erfüllen zu können. Für die Verwaltungen wurden bereits alle Möglichkeiten der Aufgabenoptimierung ausgeschöpft. Sollte ein weiterer Personalabbau für die Verwaltung beschlossen werden, muss man auch nach Aussagen der Verwaltungen ernsthaft über Aufgabenverzicht nachdenken.

Derzeit erfolgt im Kabinett die Haushaltsaufstellung. Die Einzelpläne sind bis zum 5.8. aufzustellen. Wünsche von Verwaltungen und Gewerkschaften sind daher nach Aussage des Ministers nicht umsetzbar: „Mehr Geld ist nicht da, politisch auch nicht durchsetzbar.“

Die Verwaltung und die Gewerkschaft wünschen sich eine größere Flexibilität bei Abschlüssen von Zeitverträgen, die durch freiwerdende Haushaltsmittel möglich sind.

Die Gewerkschaft hat nochmals kritisch die Aussage der Vorgängerregierung, nur noch eine bedarfsgerechte Ausbildung im öffentlichen Dienst durchzuführen, angesprochen. Hier appelliert die Gewerkschaft an die Landesregierung ab dem Haushaltsjahr 2012/13 wieder eine Ausbildung in der allgemeinen und fachlichen Verwaltung vorzunehmen und somit für den Standort Sachsen-Anhalt bei der Nachwuchsgewinnung Impulse zu setzen. Trotz aller Argumente, die aus fachlicher Sicht auch vom Ministerium nachvollziehbar sind, unterliegt der Minister einer gewissen Kabinettsdisziplin. Nach Aussage des Ministers ist eine zusätzliche Ausbildung aus Haushaltsgründen leider nicht realisierbar. Bei allem Verständnis vom BTB Sachsen-Anhalt für die Sparzwänge des Landes Sachsen-Anhalt muss für die Verwaltung eine Sicherstellung der Aufgabenwahrnehmung und eine qualifizierte Gewinnung von Fachpersonal, auch über den Nachwuchs, gewährleistet sein. Initiativen der Landesregierung zur Rückführung von abgewanderten gut qualifizierten Nachwuchskräften kosten ebenfalls Geld, dieses sollte lieber sinnvoller für ein Verbleiben von Fachkräften in Sachsen-Anhalt und für Ausbildung im öffentlichen Dienst ausgegeben werden.

Der BTB Sachsen-Anhalt bedankt sich bei Minister Webel und Staatssekretär Dr. Klang für das offene und direkte Gespräch und betont, dieses in regelmäßigen Abständen gerne zu wiederholen.